

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

99 (28.4.1922)

# Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M mit Postgebühr; durch die Post bezogen 20 M; in der Geschäftsstelle und bei un'ern Karlsruhern Abgeholt 18 M monatlich. — Einzelreprinte 1 M.

Ausgabe: Verlags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 240 M, auswärts 250 M. Die Doppelpaltige 480 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Der reaktionäre Handstreich gegen die Maiseier vorläufig abgeschlagen

### Abfegung des reaktionären Antrages von der Tagesordnung des Ausschusses — Eventuell Weiterberatung nach dem 1. Mai — Die drei Reaktionsparteien hatten den Mut verloren, jetzt auf Beratung ihres Antrages zu bestehen

Der Handstreich, den die famosen Landbündler mit Unterstützung der ebenso famosen Volksparteier und Deutschnationalen schnell noch vor dem Fest der Arbeit verüben wollten, ist abgeklungen worden. Der Krafteintritt der badischen Reaktionen gegen die diesjährige Maiseier hat für sie nicht nur mit einer Niederlage, sondern auch mit einer heillosen Blamage geendet. Die reaktionären Herrschaften waren sicherlich heilfroh, daß ihnen das schlaue Zentrum schnell eine Brücke gebaut hat, über die sie sich durch eilige Flucht aus der Affäre ziehen konnten.

Der Rechtsausschuß des Landtags sollte gestern nachmittags den gegen die Maiseier gerichteten reaktionären Antrag beraten, damit, wenn die Beratung hätte zu Ende geführt werden können, noch in dieser Woche eine Entscheidung des Plenums herbeigeführt werden konnte, von der die Reaktionen hofften, daß sie gegen die Verordnung der Regierung ausfallen werde.

Das Zentrum hatte eingesehen, daß die Durchführung der reaktionären Propagation der badischen sozialistischen Arbeiterkraft zu ernstlichen Komplikationen führen werde. Darum stellte der Ausschuhvorsitzende, der Zentrumsmann Dr. Jahnke, sofort bei Beginn der Sitzung den Antrag, das Ansuchen der drei Reaktionsparteien von der Tagesordnung abzusehen. Was auch einstimmig beschlossen worden ist. Werden sich die gerissenen Zentrumsherrn eins ins Häutchen lachen, daß ihre bösen Widersacher, nämlich die Landbündler und die Deutschnationalen, sich eine solche Niederlage und Blamage zuzuziehen haben. Und dadurch, daß die Regierung am Mittwoch noch besondere, im Interesse der Feldbestellung gelegene Anordnungen an die Bezirksämter herausgegeben hat, gerieten die reaktionären Herrschaften noch extra in das Schlamassel, das sie selbst angezettelt hatten.

So kam es, daß diese schwarz-weiß-roten Feinde der Republik, der Freiheit und Wohlfahrt aller Staatsbürger, die Köpfe hängen ließen, als sie zum Gesichts schreitenden Schritt machten. Sie brachten nicht einmal mehr die Courage auf, wenigstens auf dem Eintritt in die Verhandlung zu bestehen. Man weiß ja, daß die reaktionären Herrschaften noch niemals gezögert hat; sie spreizen sich nur dort und dann, wenn eine solche Macht neben und hinter ihnen steht, die auf alle Fälle ihre Sicherheit garantiert.

Natürlich werden die Reaktionen nicht darauf verzichten, in einer Stunde, die ihnen günstiger gelegen scheint, den Streich gegen die Maiseier zu wiederholen. Die Arbeiterkraft wird ununterbrochen auf dem Posten sein müssen. Und das Zentrum versteht es nicht nur, den Reaktionsparteien Brücken zum Rückzug zu bauen, sondern bei einer ihm vollen Situation auch zum Angriff zu bauen.

Aus der scharfen Kampfstellung, die die badische Arbeiterkraft gegen das Unterfangen der drei Reaktionsparteien eingenommen hat, haben diese Volksfeinde gesehen, daß es zu einem Kampfe kommen werde. Und wir dürfen wohl ohne uns einer Uebertreibung oder Ruhmredigkeit schuldig zu machen, behaupten, daß der „Volkstfreund“ zu der erfolgreichen Abwehr des reaktionären Handstreichs wesentlich beigetragen hat.

Aus dieser Tatsache sollte die Arbeiterkraft die Lehre ziehen, in weit höherem Maße als bisher durch Abonnement die Parteipresse zu unterstützen, statt, wie es unzweifelhaft die Parteipresse von vielen Arbeitern beliebt wird, bürgerliche Organe zu unterstützen. Zur erfolgreichen Agitation für die Parteipresse bieten die Maiseierveranstaltungen am kommenden Montag eine außerordentlich günstige Gelegenheit.

Zu übrigen: Die Maiseierveranstaltungen im ganzen Lande müssen sich zu Massenfundgebungen gestalten. Schlechte oder selbst nur mangelhafte Beteiligung würde den Reaktionen gefährliche Waffen für einen neuen Handstreich gegen die Maiseier in die Hand geben.

Mögen sich dessen die Arbeiter, Angestellten und Beamten überall bewußt sein.

## Rüffet zu einem Massenbesuch für das Fest der Arbeit!

### Der 1. Mai im Rechtspflegenausschuß

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:

Die mit Spannung erwarteten Verhandlungen im Ausschuh für Rechtspflege und Verwaltung über die Aufhebung der Verordnung, die Feier des 1. Mai betr., begannen am Donnerstag nachmittags, d. h. sie begannen eigentlich nicht, denn sofort nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende, Abg. Dr. Jahnke (Zent.), den Antrag, den von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Landbund im Plenum des Landtags eingereichten Antrag heute von der Tagesordnung abzusehen. Dieser Antrag lautet bekanntlich:

„Die Regierung wird ersucht um unverzügliche Aufhebung der Verordnung des Badischen Staatsministeriums vom 7. April 1919 betr. Die Bestimmung des 1. Mai als gebotener Feiertag“ und der Verordnung des Badischen Staatsministeriums vom 22. April 1919, wonach

„in § 2 der landesherlichen Verordnung vom 11. November 1899, die Ausführung des BGB. und der damit zusammenhängenden Gesetze betr., zwischen Ostermontag und Himmelstichtag“ eingeschaltet wird „der 1. Mai“.

Der Antrag trat — und das wollen wir ebenfalls festhalten, — die folgenden Unterabteilungen:

Deutsche Volkspartei: Weber, Dr. Bernays, Dr. Mattes, Dr. Baasche, Wilsch. Deutschnationale Volkspartei: D. Mayer, Karlsruher, Mager, Habermehl, Schneider-Kornheim, Richter, Schmidt-Dretten, Dr. Hanemann. Landbund: Kläber, Dör, Gehard, Sogin, von Au, Schraut.

Die Sozialdemokratie erklärte, sie trete dem Antrag Dr. Jahnke nicht entgegen, die Deutschnationalen sprachen sich — ohne Begründung — für den Antrag Dr. Jahnke aus, ebenso das Zentrum. Der Vertreter des Landbundes bemerkte, wir ziehen den Antrag nicht zurück, wir stellen ihn nur heute zurück, da die Verordnung des Ministeriums des Innern über die Landarbeit am 1. Mai inzwischens erschienen ist.

Hierzu stellte ein Sozialdemokrat fest, daß die angelegene Verordnung nur so zu verstehen sei, wie diejenigen Bestimmungen, welche landwirtschaftliche Arbeiten unter Umständen an Sonn- und Feiertagen zulassen. Würde sie anders aufgefaßt, würde die Sozialdemokratie Protest erheben.

Damit war die Debatte über den Antrag Jahnke, die Maiseierfrage heute abzusehen, beendet. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Beschlossen wurde nur noch, den Abg. Kläber (Soz.) zum Berichterstatter zu ernennen, wenn in einer der nächsten, nach dem 1. Mai stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung auf den Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Landbundes zurückgegriffen wird.

Als charakteristisches Ergebnis dieser Verhandlungen darf festgestellt werden, daß die Antragsteller nicht gewagt haben, auf ihrem Antrag zu bestehen. Es scheint, daß die in der sozialdemokratischen Presse erhobenen lauten Proteste gegen die Aufhebung der Verordnung der badischen Regierung ihre notwendige Wirkung nicht verfehlt haben.

dem wirklichen Frieden der Welt dient auf der Grundlage von Gerechtigkeit und gleichmäßiger Pflichten und Rechte aller Nationen wird unbedingt auch Deutschland Frieden und Gerechtigkeit, ihm Erfolg zu verschaffen. Wenn es gelingt, ein solches Werk durchzuführen, werden sich alle glücklich schätzen, die an der Konferenz teilgenommen haben.

## Zusammenkunft des Obersten Rates

Neuer erfährt, daß man es in gut unterrichteten Kreisen in London für wahrscheinlich halte, daß eine Zusammenkunft des Obersten Rates in Genua gegen Ende der nächsten Woche stattfinden werde, um die Lage zu erwägen, die aus der Haltung Deutschlands gegenüber der Reparationspflicht entstanden sei. In britischen Kreisen soll man sehr für eine solche Zusammenkunft sein.

## Die Konferenz und Rußland

„Lavoro“ zufolge beschäftigte sich die Sachverständigenkommission mit der Abfassung einer Denkschrift, die sich mit den von Rußland zu erfüllenden Bedingungen befaßt. Besonders lebhaft war die Erörterung über die Forderung der Rückgabe des nationalisierten fremden Eigentums. Italiener und Engländer sind einstimmig der Meinung, daß man sich auf eine Garantie der Rückzahlung der Beträge jenes Eigentums beschränken soll, während Franzosen und Belgier die absolute Rückgabe verlangen. In den der russischen Delegation nahe stehenden Kreisen wird behauptet, daß Rußland sich wohl kaum zum Abschluß eines Vertrags in Genua berufen wird, um die endgültige Stellungnahme bis zu einem Zeitpunkt hinauszuschieben, wo für die Sowjetregierung infolge der sonstigen abgeschlossenen günstigen Vereinbarungen eine größere Bewegungsfreiheit gegeben ist.

## Opposition gegen Poincaré

Paris, 27. April. Der Professor für Völkerrecht, Eselle, setzt sich heute im „Deuvre“ mit der von Poincaré in der Le Duc gehaltenen Rede auseinander. Er nennt sie eine veraltete Rede, denn die französische öffentliche Meinung werde nicht zugeben, daß die Regierung Frankreichs von neuem in ein Abenteuer stürze, das sich von dem des Jahres 1914 unterscheiden würde zunächst dadurch, daß Frankreich isoliert werde, dann aber auch dadurch, daß Frankreich dabei die Initiative hätte. Poincaré sei nicht der einzige Schiffsbauer auf der Welt, und er werde schon einen finden, der ihm die richtige Antwort gebe, wenn er in den Krieg ziehen möchte.

## Lloyd Georges erneute erste Mahnung an die Völker Europas

Genova, 27. April. Auf dem gestrigen Essen der englischen und amerikanischen Journalisten führte Lloyd George in einer Rede aus:

Es hänge in hohem Maße von der Genueser Konferenz ab, ob sich die Hoffnungen auf Beendigung der Herrschaft der rauen Gewalt nach Ende des Krieges erfüllen werden. Die allzu vielen unregelmäßigen Fragen in Europa enthielten jede eine Bedingung für einen europäischen Brand. Man dürfe nicht hoffen, daß die Schwierigkeiten von der Konferenz in zwei, drei oder vier Wochen überwunden werden können. Man müsse Geduld haben. Es lägen große Probleme vor. In Osteuropa gebe es kaum eine Grenzlinie, um die noch getritten werde, und überall drohen sudarische Konflikte. Die Schuld liege zum Teil bei dem großen Durcheinander von Massen in Mitteleuropa.

In einem künftigen Konflikt würde Amerika ebenso unvermeidlich hineingezogen werden wie in den Weltkrieg. Zwei Drittel von Europa, nämlich Deutschland und Rußland, ständen in einem kaum suspendierten Konflikt gegenüber dem Rest Europas. Er habe vor langer Zeit warnend darauf hingewiesen, was unbedingt geschehen würde, wenn kein gutes Einvernehmen erzielt werde. Die Möglichkeit sei unberechenbar, daß ein hungarisches Rußland von einem jorinigen Deutschland ausgerüstet werde.

Wie lange würde es noch dauern, bis Europa verwüstet werde, wenn die ständige Politik einer europäischen Kombination auf die dauernde Spaltung Europas in zwei feindliche Lager hinführe? Er sei erschrocken über das Sturmwetter, das am Horizont des europäischen Himmels höher und höher steige und unvermeidlich losbrechen werde, wenn die Atmosphäre nicht gereinigt werde.

Genova müsse Erfolg haben. Wie könnten Leute das nicht begreifen und angesichts der schweren Sturmzeichen sich mit selbstsüchtigen Trivialitäten befaßen? Genova müsse mit einem wirklichen Friedensstake enden. Sonst bedeute es trotz aller Teilergebnisse einen Mißerfolg. Amerika hätte auf der Konferenz durch seine Nichtzugehörigkeit zu Europa das Recht gehabt, alles zu sagen, was die europäischen Mächte wegen ihrer Vermittlung in die alten Streitfragen kaum richtig sagen könnten. Da Amerika ferngeblieben sei, müsse Europa seine Probleme auf eigene Art lösen.

Lloyd George schloß mit der Bitte an die Presse, ihre Macht und ihren Einfluß für einen guten Ausgang der Konferenz einzusetzen.

## Der internationale Gewerkschaftskongreß appelliert an die Arbeiter aller Länder

Der Internationale Gewerkschaftskongreß bestätigte in seiner Schlussfugung die Zusammensetzung des Vorstandsbüros und ernannte zu dessen Mitglied den deutschen Delegierten Leibart. Der Präsident Thomas teilte mit, daß die Kommission, die über die allgemeine Reaktion und den Achtstundentag zu berichten hatte, dem Kongreß eine Entschlußfassung unterbreitet, die erklärt, daß die proletarischen Organisationen sich insbesondere bekämpfen sollen in bezug auf den Achtstundentag, die Löhne und die Sozialgesetzgebung. Der Kongreß appelliere an die Arbeiter der ganzen Welt, namentlich diejenigen Rußlands, Amerikas und der fernen Länder Afrikas, um eine proletarische Einheitsfront zu schaffen und beauftragte das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sobald als möglich an die Arbeiter der ganzen Welt einen Aufruf in diesem Sinne zu erlassen. Die Entschlußfassung wurde einstimmig angenommen. Eine nach Maßgabe der in den Verhandlungen aufgestellten Grundzüge abgeänderte Entschlußfassung über Krieg und Militarismus wurde von einer hiermit beauftragten Kommission eingebracht und vom Kongreß einstimmig angenommen. Nur die Holländer enthielten sich der Entschlußfassung.

## Genova

### Die Burafriedensfrage

Zur Frage des von Lloyd George geplanten allgemeinen Burafriedens wird berichtet, daß in Genova zurzeit zwei Pläne entworfen. Der englische Plan sieht keine Sanktionen vor und Friedenzustand dauern soll, wie lange der einzuführende Sanktionen bei zehnjähriger Dauer des Burafriedens die Annahme von Sanktionen in solchen Fällen, in denen eine freiwillige Rückkehr zum Friedensvertrag festgestellt worden ist.

### Deutschland zum wirklichen Frieden bereit

Reichsminister Dr. Rathenau erklärte vor Pressevertretern zu der Rede Lloyd Georges: Hinter jedem Plan, der

### Regimentsfeste

Die amtliche „Kriegsbeilage“ bringt in ihrer gestrigen Ausgabe die folgende offizielle Notiz:

Die laute Art der Propaganda für den Besuch von Regimentsfesten hat vielfach die Sorge nach werden lassen, daß dadurch wieder im ehemaligen feindlichen Ausland der Vertrauensschwund gegen Deutschland gefördert wird. Wenn auch im Ausland selbst Zusammenkünfte von ehemaligen Regimentsangehörigen stattfinden, so sucht man hinter denjenigen in Deutschland, wie jüngst aus den Verhandlungen in der französischen Kammer hervorging, doch so etwas wie eine verkappte Militärorganisation. Die beabsichtigte wirtschaftliche und politische Lage, in der sich Deutschland und das deutsche Volk befinden, läßt es dringend geraten erscheinen, die Regimentsfeiern in einem Rahmen zu halten, der aus außen- und innenpolitischen Gründen erträglich erscheint.

Diese Mahnung gilt insbesondere für das Tragen von Militäruniformen bei Regimentsfesten. Nach den Ausführungsbestimmungen vom 3. Oktober 1921 zur Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot des Tragens von Militäruniformen (Zusätze c) dürfen die zum Tragen der Uniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht von diesem Rechte nur Gebrauch machen, wenn der zukünftige Wehrkreiskommandeur die Teilnahme von Wehrangehörigen in Uniform an Regimentsfesten ausdrücklich genehmigt hat. Das Ministerium des Innern nimmt bei dem Punkte ein, daß für die Regimentsfeiern diese Erlaubnis außerhalb der Grenzen der Reichswehr nicht erteilt und, soweit etwa schon erteilt, zurückgenommen werden soll, und ist hierüber mit dem Wehrkreiskommando V in Stuttgart ins Benehmen getreten.

Es ist zu erwarten, daß diese Stellungnahme in weiten Kreisen der Beteiligten und der Bevölkerung Verständnis finden wird, wie ja einzelne Regimentsvereine schon von sich aus von dem Erscheinen Einzelner in Uniform bei den beabsichtigten Festen Abstand genommen.

Wenn die Veranstalter und Teilnehmer an den in Baden bereits angelegten Regimentsfesten diese gewiß recht rücksichtsvolle offizielle Mahnung nicht beachten sollten, und darüber hinaus sich bei den Veranstaltungen nicht militärischer und monarchistischer Demonstrationen enthalten, so ist ein schwerer Konflikt in Baden ganz unvermeidlich. Große Kreise der babilischen Arbeiterschaft sind aufs tiefste gegen diese Regimentsfeste ergrimmt, jedoch es nicht leicht sein wird, die Arbeiterschaft zunächst von Gegenemonstrationen fernzuhalten. Wenn auf einem dieser Feste militärische und monarchistische Kundgebungen erfolgen, wird sich die Arbeiterschaft nicht mehr halten lassen. Darüber muß allerorts höchste Wachsamkeit bestehen.

Von den Veranstaltern der Feste ist, wie wir unterrichtet sind, aufs bestimmteste versichert worden, daß solche Demonstrationen unterbleiben werden, daß die Veranstaltungen nur Zwecken der Kameradschaftspflege und dem Gedächtnis der im Felde gefallenen Kameraden gewidmet seien. Wort halten wird Baden vor sehr ernstlichen inneren Kämpfen bewahren.

Nach der Ermordung Erzbergers hat die Regierung aus Gründen der Sicherheit und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, die damals angelegten Regimentsfeste verboten. Daß ein solches Verbot nicht ein dauerndes sein kann, ist selbstverständlich, denn die Regierung würde sonst den Rechtsboden verlassen, da die Vereine und Versammlungsstellen naturgemäß grundsätzlich für alle Staatsbürger Geltung haben muß. Auf der anderen Seite aber haben die Regierungen der republikanischen Freistaaten auch die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, gegen Kundgebungen und Veranstaltungen vorzugehen, deren Tendenz gegen den Bestand der Republik gerichtet ist und würden die Regierungen nicht ihres Amtes walten, würde die sozialistische Arbeiterschaft dafür sorgen, daß den Herren Militäristen und Monarchisten die Lust zu solchen Demonstrationen gründlich verleidet werden würde.

Was wir hier sagen, soll keine Drohung, sondern eine eindringliche und ernste Mahnung sein. Aber der Mahnung folgt die Tat, wenn sie nicht beachtet werden sollte.

### Die Demonstration der Münchner Arbeiterschaft gegen den Lebensmittelwucher

München, 26. April. (Via Berlin.) Heute Abend fand in München eine große von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Teuerungsdemonstration gegen die „Kollauswucherung“ durch die bayerische Bauernschaft anlässlich des eben einsetzenden Fremdenstromes statt. Die vier Nebensäle waren bereits um 6 Uhr von den aus den Betrieben geholten einrückenden Arbeitermassen überfüllt, ebenso die im-

provinierten Parallelsammlungen. Es wurde eine Entfaltung gefordert, in der die Versammelten fordern: 1. die Abwehr der Behauptungen auf reifliche Verfertigung der freien Wirtschaft, 2. die Befreiung der im Inlande zurückgehaltenen Lebensmittel, 3. die Ausgestaltung des Wirtschaftens, Verminderung der Aufwände durch Einziehung der Konzeptionen und Neuausgabe derselben an nur schwerverständliche Aufwände, die unter ständlicher Kontrolle zu arbeiten haben, 4. Sicherstellung der Preisveränderung durch sofortigen Anlauf von Auslandsgetreide, 5. Einsetzung einer Sachverständigenkommission, die alle Möglichkeiten zur Verbeiführung eines allgemeinen Preisstillstandes zu prüfen hat, 6. Aufnahme der Vorarbeiten zur Wehrkreisreform. — Der hundertsten Stellung der notwendigen Bedingungen, um zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen. Als großer Erfolg der Partei kann die Zustimmung zu Punkt 3 der Resolution gebührend werden. Die Demonstration verlief würdig und lehrreich und ohne Störung.

### Der Niedergang der Unabhängigen

Die „Freiheit“ in Berlin, das Kampforgan der U.S.P., teilt mit, daß sie ab 1. Mai nur noch einmal im Tage, als Morgenblatt, erscheinen wird. Nach ihren Angaben wäre das täglich zweimalige Erscheinen weiter nur möglich gewesen, wenn der bisherige Abonnementspreis von 35 auf 45 bis 50 M. erhöht worden wäre. Der Verlag zieht es unter diesen Umständen vor, das Blatt bei unverändertem Abonnementspreis nur noch einmal im Tage erscheinen zu lassen.

Wir empfinden selbstverständlich lebhaft Freude darüber, wenn ein immerhin sozialistisches Blatt und die Partei, der es dient dem Niedergang entgegen geht, obwohl die „Freiheit“ zur Vergiftung des unglücklichen Kampfes innerhalb der Arbeiterschaft reichlich beigetragen hat. Ihr Niedergang wie der der U.S.P. zeigt, wie man für die Dauer mit einer hohen Agitationspolitik, mit der Rechnungsträgerin an Tagesstimmen, mit dem Verlassen des Weges einer klaren und aufrechten Politik und mit kapitalen Rederarten nicht bestehen kann. Die „Freiheit“, die einst rund eine Viertel Million Leser in Berlin hatte, ist jetzt auf einen Abonnentenzahl herabgesunken, die angegeben uns sozialistische Solidarität bedrückt.

### Die Antriebe der russischen Konterrevolutionäre in Bulgarien

General Wrangel rüft gegen Rußland

Im „Berliner Tageblatt“, ist kürzlich auf die engen Beziehungen hingewiesen worden, die zwischen konterrevolutionären deutschen und russischen Monarchisten bestehen. Gleichzeitig wurde auf die Tätigkeit hingewiesen, die der ehemalige russische General Wrangel in Bulgarien entfaltet. Aus Bukarest wird nun dem genannten Blatte u. a. folgendes geschrieben:

„Die im „Berliner Tageblatt“ kürzlich ausführlich geschilderte Tätigkeit des früheren russischen Generalkommandos Wrangel wird von der gesamten Balkanpresse eifrig beachtet und kommentiert. Die bulgarische Presse sieht sich über Wrangel, der zum Zweck der militärischen Organisation der Russen in Bulgarien sich nach Sofia begeben haben soll, aus Verlegenheit, daß Wrangel von König Alexander in zweifelhafte Audienz empfangen worden sei, und daß nach der Kubizung Wrangel seitlichen Journalisten erklärt habe, er werde auch weiterhin die militärische Organisation der russischen Flüchtlinge aufrecht erhalten und er würde nur auf den Augenblick, um Rußland zu betreten. Seine Armee sei 50 000 Mann stark, gut ausgerüstet und gut ausgebildet. Das Blatt merkt weiter, daß Wrangels Chef des Generalstabes, General Schatilow, hohe Journalisten gefragt, die Ausbildung der freiwilligen russischen Truppen sei vollendet und die Truppen warteten im Aufbruch auf den Kampf.“

Dieser Meldung aus Belgrad fügt das Blatt noch eine Meldung aus Sofia bei, in der gesagt wird, daß die russische freiwillige Armee ungefähr 40 000 Mann stark sei, und daß sie ihre Ausbildung von General Rutenow empfangen habe. Diese Armee beginne in Bulgarien einen Staat im Staate zu bilden, und es sei beispielsweise der Regierung Stambuliski gemeldet worden, daß in vielen Orten Wrangelische Truppen Schwarzweizen, Weizen und Getreide geraubt hätten. Es wird der Ort Schwanitz genannt, wo Wrangelische Truppen „in Kampffront gegen die Mäule vorgegangen seien und mit Waffengewalt drei Waggons Weizen geraubt hätten. Dazwischen getreten wären, so heißt es in der Meldung, bulgarische Soldaten, hätten die Truppen auch gegen diese die Waffen gebraucht. In einigen anderen Ortschaften seien ferner von diesen russischen Truppen Volksversammlungen, die gegen das Vorgehen der Russen hatten protestieren wollen, mit Waffengewalt zerstreut worden.“

### Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadtgeschichte von Anna Croissant-Ruß (Fortsetzung.)

Und sofort hielt das Mädchen ihn an, sie stellte ihn, sie drückte ihm die Faust auf die Brust: „Von wem ist die Braut?“ „Von der Mutter und dem Vater.“ „Doch der Fritz mit seinem verkniffenen Gesicht, sagte ganz gleichgültig: „Geheiß hat ich sie gekriegt. Wie hat sie gefallen in einer Auslage, da hat sie mir wer gekauft, Geheimnis wer. Du lappst sie so was freilich net.“ „Von wem ist sie?“ „Acht das Rosinchen und traltte sich in seine Weste ein.“ „Beauire, ich sag's nicht.“ „Was?“ „Sagte das Rosinchen, „Ich bin dein Braut und du nimmst mich.“ „Galt! Du bist meine Braut noch lang nicht richtig, und kein Ring und kein Knopf bestätigt mir deine Liebe auf immer und ewig.“

Da kniff das Thonmenschträhle die Lippen ein und redete kein Wort weiter. Nur einmal fragte es den Fritz: „Was murmeltst du immer?“ „Ich mach Geschäftsbilanz,“ sagte Fritz. Dabei murmelte er immer vor sich hin: „Achtzigtausend Mark, achtzigtausend Mark, die letzte Brombeere auf und ab zu kummeln. Nur er redete, der Fritz blieb lange Zeit stumm.“

„Mach man sich Emotion machen, wenn einem der Kopf so voll ist, meinte der Fritz.“ „Über das Herz,“ wachte der Fritz einzuwerfen. „Hör, was ist das?“ „Sagte Fritz verächtlich. „Die Sachen moraus da ankommen, haben mit dem Herzen net zu tun. Ueberhaupt, das Herz ist was für angehende Dichter aus dem Paradies, für die sonstigen Leute kommt was ganz anderes in Betracht, verstanden?“ Und der Kopf gehörte dazu. Sakrament, wenn die Line die achtzigtausend hat, kein Augenblick brauchte ich mich abzuhilieren.“

„Die Dine?“ flatterte der Fritz. „No, warum nicht? Ist die nicht ein feines rundes appetitliches Frauenzimmer? Und bedrückt dich mein, der arme“

teppich genug, während der 7. dem nur die Blütenblätter imponierten und Genuß gaben, gar nicht auf seine Kosten kam. Es waren 4. alle vier bestimmt und eintänzt was givern. „Acht ehe der Fritz zu Ende war, wachte freilich das Rosinchen schwarz prahlte: „Me ne mer bis es aus ist, jetzt hat's gar' des Geld gekostet.“ „Doch niemand hätte auf sie: in Daldbunkel hatte sich die Dine dem Fritz genähert und war schnell wieder von ihm zurückgewichen, der Fritz hatte aber doch gesehen, daß sie etwas in Fritz's Hand hatte gleiten lassen, und der hatte es genommen wie etwas Gewohntes, Selbstverständliches, wie einen Tribut.“

Leberwand er sich auf dem Nachhauseweg, die Dine anzupfeifen, so warts, als müsse er sie aus weiten Fernen holen, und sich zuerst immer einen kleinen Seufzer aus, ehe sie antwortete, wie wenn sie ungeschalten sei über die Störung. Das andere Paar war fünf Schritte voraus, und das Rosinchen fand es gar nicht erst der Mühe wert, die kurze Strecke zurückzugehen und „Gute Nacht“ zu sagen, als das letzte Paar die Villa Vohberg erreicht hatte. Die Dine ärgerte und ärgerte am Gitter, aber auch der Fritz rief nur kurz: „Gute Nacht, schönes Kind!“ herüber, da kniffte sie schnell die eiserne Türe auf, schlug sie wieder zu und rannte hurtig den Kiesweg hinunter. An den Fritz dachte sie gar nicht mehr.

Als auch das Rosinchen abgeliefert war, — es ging ziemlich geschäftsmäßig dabei zu — vernahmte der Fritz den Namen, den die letzte Brombeere auf und ab zu kummeln. Nur er redete, der Fritz blieb lange Zeit stumm.

„Mach man sich Emotion machen, wenn einem der Kopf so voll ist, meinte der Fritz.“ „Über das Herz,“ wachte der Fritz einzuwerfen. „Hör, was ist das?“ „Sagte Fritz verächtlich. „Die Sachen moraus da ankommen, haben mit dem Herzen net zu tun. Ueberhaupt, das Herz ist was für angehende Dichter aus dem Paradies, für die sonstigen Leute kommt was ganz anderes in Betracht, verstanden?“ Und der Kopf gehörte dazu. Sakrament, wenn die Line die achtzigtausend hat, kein Augenblick brauchte ich mich abzuhilieren.“

„Die Dine?“ flatterte der Fritz. „No, warum nicht? Ist die nicht ein feines rundes appetitliches Frauenzimmer? Und bedrückt dich mein, der arme“

worden. In Lowitz und anderen Orten hätten die Militärgerichte der Wrangel-Truppen eine große Anzahl russischer Flüchtlinge als „Verräter“ zum Tode verurteilt und das Urteil auch, ohne die bulgarischen Behörden zu verständigen, ausgeführt, nur weil diese Russen nicht in diese Armee hätten eintreten wollen. Das bulgarische Oberkommando der Wrangel-Truppen errichtete im ganzen Lande Wehrzentralen, und diese Zentralen zwängen alle russischen Flüchtlinge bei Todesstrafe in die russische Armee einzutreten. Das Blatt fügt hinzu, daß die Art und Weise, wie diese russischen Truppen sich in Bulgarien aufgeführt, in allen bulgarischen Kreisen größte Unzufriedenheit hervorgerufen habe, und diese Tatsache soll auch zu dem Entschluß der bulgarischen Regierung geführt haben, alle russischen Truppen in Bulgarien zu entlassen.

Die politische Lage, die das plötzliche Erscheinen Wrangels auf dem Balkan hervorgerufen hat, und Wrangels offensichtliche Rüstungen geben der Belgrader Presse Veranlassung, das Verhältnis der Südlawen zu den Russen eingehend zu untersuchen, und namentlich die Belgrader „Politika“ beschaffte sich dieser Tage ausführlich mit den zahlreichen russischen Flüchtlingen in Südlawien, die sie auf 66 000 schätzt, und von denen 35 000 Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten sollen.“

### Öndischer Landtag. Sozialdemokratie und Justiz

gr. Karlsruhe, 27. April 1922.

43. öffentliche Sitzung. Präsident Wittenmann eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr und schlägt mit folgender Genehmigung vor, die kommunalistische Interpellation über den Metallarbeiterstreik auf morgen zurückzustellen, da die Interpellanten nicht zur Stelle sind. (Rufe: Warum?)

Hg. Marum (Soz.): Die Positionen des Justizrats haben bisher keine Befestigung erfahren. Dies ist im allgemeinen ein Lob an der Aufstellung des Verordnungs. Daß von rechts her keine Kritik an der Rechtspflege geübt wurde, zeigt, daß man mit ihr zufrieden ist. Zunächst möchte ich in Verbindung mit der bereits vom Abg. Müller gemachten Feststellung auf die von rechts verbreitete Meldung hinweisen, daß ich der schwarze Mann in Baden sei. Obgleich es sich um die Befragung einer Professur oder eines anderen Posten, immer wird von Rechts davon gesprochen, daß der Abg. Marum die Hand im Spiel hat. (Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Oder ich!) Dagegen werde ich mit durch die Angriffe von Rechts meine Rechte als Abgeordneter oder Staatsrat nicht rauben lassen. Die Klagen über die

Polittisierung der Justiz nehme ich nicht ernst. Es liegt darin nur das Bedauern, daß jetzt auch andere als nationalliberale oder konservative Parteien in höhere Stellen hineinkommen können. Für diese Parteien gruppen war jene Zeit allerdings schön. Dies ist jetzt anders. Denn was wir erreichen wollen, ist gerade demgegenüber eine Entpolittisierung der Justiz. Was die Gleichberechtigung der Frauen betrifft, so verlangen wir, daß

die Frauen zu allen Justizämtern zugelassen werden. Wer der Reichsberufung zugestimmt hat, muß schon Konsequenzen halber für die unbedingte Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern eintreten. Zufänglich werden immer nur einzelne Frauen in den Justizdienst eintreten. Es schadet gar nichts, wenn eine Frau in Zivilkammern oder Strafhammern eintritt. In der Auffassung, daß die Frau nicht so fähig ist, wie der Mann objektiv zu urteilen, liegt eine gemaltige Uebersehung der Fähigkeiten des Mannes. Wir dürfen nicht in dieser Frage nicht von beschränkten Auffassungen leiten lassen. Die Behauptung, die Frau sei zum Richteramt noch nicht reif, steht auf gleicher Höhe wie feinerzeit die Behauptung, das preußische Volk sei für das gleiche Wahlrecht nicht reif. In der

Geschlechtsfrage stehe ich auf dem Standpunkt des Ausdrucksantrags. Ich habe Verständnis für die Auffassung des Zentrums; aber es muß Menschen anderer religiöser Auffassung die Freiheit lassen. Innerlich gebohrten Eben muß man das Recht geben, einander zu gehen. Wir werden uns aber für eine Reform einsetzen. Es ist ein ungeheures Unrecht, daß man die Stellung des ungeschicklichen Kindes lediglich nach der Stellung der Mutter wertet. Hier muß eine Änderung eintreten. In den Straf-

der Gebanke der Berufung immer stärker durchdringt. Auch in den schwersten Delikten bei Schurkengerichten sollte die Möglichkeit der Berufung ausgebaut werden. Notwendig ist auch eine Reform der Organisation der Schurkengerichte im Sinne des Landesbergischen Entwurfs von 1919. Hinsichtlich der

Begnabigung

Recht! Gar nimmer helfen kann sie sich! Da wird sich eines doch nicht lang befinden? Braucht sie nur mit dem Finger an zu führen! — Was machst denn für Augen? Ach glaube gar, du fangst zum Jüttern an? Ja, Freundel, hat's soviel bei dir geschlagen? Schan, bestelbige hab ich ja net gemerkt, soviel haben mich die zwei in Atem gehalten! Tut mir leid, tut mir recht leid, aber die zwei hat sich schon vertragen, hoffnungslos zwar im Endziel, aber vorberhand eigentlich recht erprießlich, mit mir nämlich, weg ist sie, sein weg. Er wart sich in der Brust. Da nicht mehr zu machen; fließt, gar zu viel braucht der Mensch auch nicht zu haben, es ist gefordert, daß die Wärme nicht in den sogenannten Himmel wachet. Die 3 Studieren, mir die Fremenzimmer, die das Raite, mir das Wärme, so ist es groß nur gerecht bereit und wir wollen schauen, wer bei seiner Sache am weitesten kommt. Aller Anfang ist schwer und das Ende freudt den Meister, hat ich gehört. Du bist ganz graupig geworden, Freundel! Du hast gemeint, auf deinen Gelbad muß sich ein Weiberbergel auch noch oben drauf plazieren. Weß Geschill! Dazu braucht man andere Feut, und einer muß net alles haben. Für dich ist das Studium schon viel zu viel. Dagegen für mich — du machst ein ungläubiges Gesicht? Wie flücht alles auf Betten? Geß mir nur nach, da kannst was erleben. Die Dine steht ganz gewiß noch im Park und wartet auf mich.

Obwohl sich der Fritz wie vor den Kopf geschlagen vorlief und das Rosinchen und die Schelmswege verächtlich fand, war die Befragung doch zu groß. So sehr er den Fritz in diesem Augenblick hasste, und so unbedeutend er ihn fand, er ging ihm doch nach, stellte sich hinter einen der vielen Lindenbäume, die gerade vor der Villa standen und sah har nach dem Park. Es war ganz hell eingang, sogar die Schritte Fritz's hörte man nicht auf dem Weg der gelblichen Nacht sendeten und weißen Boden, man sah nur seine glühende Figur. Die Schritte und die tiefe Dunkelheit senken förmlich betäubend auf ihn nieder. Er hielt den breiten Baumstamm umklammert, in seinem Kopf dröhnte es, und keine Nacht war ihm jemals so schwer und undurchdringlich erschienen. Einzelne Tropfen fielen, es war wie ein Nieselregen in den Büschen, ein faches Knöpfeln, das aufstehte und wieder anfing, bis es zuletzt in ein fanfches einfürmiges Knöpfeln überging. Und durch dies leise Knöpfeln schnitt plötzlich ein Pfiff.

(Fortsetzung folgt.)

folgt man gerade in der heutigen Zeit der Not der Betroffenen, wenn die Diktatur nicht aus Gahgter oder Abwägung begangen werden, weitgehendst entgehen können.

Todesstrafe

Ich habe gerade durch meine Erfahrungen in der Regierung mehr als je zur Überzeugung gekommen, daß diese aus dem gemeinen Strafrecht verschwindet. Durch die Drohung mit der Todesstrafe wird kein Eindrud auf die Verbrecher gemacht.

mittlere Justizbeamtenlaufbahn

erfüllen kann, diesen überlassen wird. Ebenso habe ich Verständnis für die Gerichtsbeamten in München (Erzbergerprozeß) besetzt sein Anlaß. Ich billige die diesbezüglichen Erklärungen des Justizministers im Ausschuss.

Oberstaatsanwalts Wender

mit der „Vollstimmte“ in Mannheim, in dem Herr Wender im Namen eines Prozesses plötzlich eingriff, möchte ich mitteilen, daß ich Schreiben des Justizministers bereits im Vorleben unrichtig gehandelt wurde, und daß laut Schreiben derselben Stelle das pöbelhafte Eingreifen nicht als glückliche Begebenheit war.

Klassenjustiz

zuziehen wird. Aber müssen angesichts solcher Vorgänge nicht zweifeln sich fragen, daß hier eine verschiedene Handhabung besteht.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Neues Werden

Die Aufführung des Chorwerkes am 1. Mai in der Festhalle durch den Gemischten Chor „Bruderbund“.

Dieses Werk ist wohl eine der allerbesten Kompositionen, die der Arbeiterbewegung seinen Reizen in die Hand gegeben hat. In dem freilich Text von Fern in a n d W a r t l i n g e r hat der würdevolle Komponist G u n d e r t u n d e r t seine erste und bislang einzige Komposition geschrieben, und nach ein Werk, auch der feinsten Künstler müßte sich ein Studium mit ihm befleißigen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen. Betriebsrätegesetz und Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz. In der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S D, 16, Engelauer 24, hat der zentrale Ausschuss A d r e p e l, Sekretär der Reichsbetriebsräte, am oben angegebenen Titel, die eine reiche Sammlung von Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse, Urteilen von Gewerkschaften u. a. mehr darstellt, die für jeden Gewerbe- oder Kaufmannsgerichtsbeklagten unentbehrlich ist.

Ich verleihe unter Klassenjustiz die Unfähigkeit eines Richters, sich in die Seele und Verhältnisse eines Angeklagten einzufühlen. Ich behaupte nicht, daß es in Baden Richter gibt, die absichtlich das Recht beugen. Aber in Deutschland gibt es eine absichtliche Klassenjustiz. Auch in Baden liegen merkwürdige Urteile vor, wie der Fall W a u f u n d G e n o s s e n, über den der Generalstaatsanwalt neulich in Verantwortung einer kurzen Anfrage eine sehr militärische Antwort gab, trotzdem sein Generalsitz nichts mit Militär zu tun hat.

Ich behaupte nicht, daß es in Baden Richter gibt, die absichtlich das Recht beugen. Aber in Deutschland gibt es eine absichtliche Klassenjustiz. Auch in Baden liegen merkwürdige Urteile vor, wie der Fall W a u f u n d G e n o s s e n, über den der Generalstaatsanwalt neulich in Verantwortung einer kurzen Anfrage eine sehr militärische Antwort gab, trotzdem sein Generalsitz nichts mit Militär zu tun hat.

Ich behaupte nicht, daß es in Baden Richter gibt, die absichtlich das Recht beugen. Aber in Deutschland gibt es eine absichtliche Klassenjustiz. Auch in Baden liegen merkwürdige Urteile vor, wie der Fall W a u f u n d G e n o s s e n, über den der Generalstaatsanwalt neulich in Verantwortung einer kurzen Anfrage eine sehr militärische Antwort gab, trotzdem sein Generalsitz nichts mit Militär zu tun hat.

Ich behaupte nicht, daß es in Baden Richter gibt, die absichtlich das Recht beugen. Aber in Deutschland gibt es eine absichtliche Klassenjustiz. Auch in Baden liegen merkwürdige Urteile vor, wie der Fall W a u f u n d G e n o s s e n, über den der Generalstaatsanwalt neulich in Verantwortung einer kurzen Anfrage eine sehr militärische Antwort gab, trotzdem sein Generalsitz nichts mit Militär zu tun hat.

Ich behaupte nicht, daß es in Baden Richter gibt, die absichtlich das Recht beugen. Aber in Deutschland gibt es eine absichtliche Klassenjustiz. Auch in Baden liegen merkwürdige Urteile vor, wie der Fall W a u f u n d G e n o s s e n, über den der Generalstaatsanwalt neulich in Verantwortung einer kurzen Anfrage eine sehr militärische Antwort gab, trotzdem sein Generalsitz nichts mit Militär zu tun hat.

Jugend und Sport

Verband der Arbeiterjugend-Bereine Deutschlands

Bezirk Baden - Agitationsbezirk Karlsruhe

Am Samstag, 29. April, und Sonntag, 30. April, veranstaltet der Bezirk Baden in Karlsruhe im Handarbeitsaal der Hobelstraße 15, einen

Jugendleiterkurs

zur Ausbildung der Funktionäre der Arbeiterjugend-Bereine. Das Programm des Kurses ist folgendes:

- 1. Aussprache der Kursteilnehmer über den Stand der Arbeiterjugend im Bezirk.
2. Praktische Jugendvereinsarbeit. Ref.: Gen. Erfurth (Mannheim).
3. Die Organisation. Referenzen: Gen. Grimm und Krämer (Mannheim).
4. Jugendtarif. Ref.: Gen. Erfurth (Mannheim).

Sonntag, 30. April, vormittags 9-12 Uhr: 1. Die Bildungsarbeit. Ref.: Gen. Wozig (Singen). 2. Körperkultur u. Wandern. Ref.: Gen. Stenz (Karlsruhe). 3. Jugendführer. Ref.: Gen. Dietrich (Pforzheim). 4. Schlußbesprechung.

Die von den Vereinen des Agitationsbezirks Karlsruhe bestimmten Teilnehmer werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Sonstige Jugendgenossen und auch Parteigenossen, die sich für unsere Bewegung interessieren, sind zur Teilnahme am Kurs freundlichst eingeladen. Frei Geill

Arbeiterjugend-Agitationskomitee Karlsruhe

Auswahlschule der Klasse A. Am Sonntag, den 30. April, mittags 1 Uhr, finden in Plankenloch auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft Auswahlschule der Klasse A folgenden

Mannschaften statt: In der Mannschaft Weiertheim spielen: Nagel, Dörfinger (Plankenloch), Marer, Kuhn, Kollmer, Süß (Märfch), Dürr, Gegenheine (Eggenstein), Oberle (Weiertheim), Schwarz (Unterwisheim). In der Mannschaft Plankenloch: Fleunotter, Nagel (Eggenstein), K. Hall, Müller, Burtardt, Rißm (Märfch), A. Plann, Scherer (Unterwisheim), Braun (Weiertheim), Eder (Wuchsal), L. Seig (Plankenloch). In der Mannschaft Märfch: Wahl, Fischer, Schmitt, Köhler (Wuchsal), Ferrer, A. Martin (Weiertheim), Margrander, Grogol, Süß (Eggenstein), Pottfelder (Plankenloch), Gauer (Unterwisheim). In der Mannschaft Eggenstein: Keller, G. Martin (Weiertheim), K. Seig, Lehmann, Gerich (Plankenloch), Margrander, Schreiber (Eggenstein), Konnenmacher, Kehler (Wuchsal), Schäfer (Märfch), Scherer (Unterwisheim). Die Spielleiter der Vereine sind verpflichtet, die Spieler pünktlich nach dort zu senden, andernfalls Strafe verhängt wird. Der Gruppenleiter.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe

Nachbenannte Mitgliedschaften werden erucht, die ihnen zur Ausfüllung übermittelten Jahresschreibbogen umgehend einzuliefern: Baden, Belg., Das, Sandweter, Bretten, Gondelsheim, Böffingen, Bruchsal, Kranau, Ringolsheim, Reuthardt, Odenheim, Obstadt, Durlach, Spielberg, Weingarten, Kleinheiden, Wolfartsweiler, Wulsenbach, Eggenstein, Dagsfeld, Dieblingen, Elmendingen, Erlingen, Göttingen, Jörtingen, Kiefern, Kittingen, Oesfeldbronn, Diefenbronn, Bietheim, Dürmersheim, Gernsbach, Michelbach, Oberndorf, Oberweier (Amt Masthof), Scheuren.

Das Parteisekretariat: Oskar Link

Zur Beitragsfrage

Die im „Volkstreu“ begonnene Erörterung über die Neuordnung der Parteibeiträge wird auch in unserem Heidelberger Parteiorgan gepflegt. Zu dem Vorschlag des Genossen Trinks schreibt der Heidelberger Parteifreier Gen. Imman:

Durch ihn (den Vorschlag Trinks) würden der Partei wesentliche Mittel zugeführt werden und andererseits wäre es auch denjenigen unserer Anhänger, die sich in den ärmlichsten Verhältnissen befinden, möglich, Parteimitglied zu bleiben. Nicht zustimmen kann ich allerdings dem Vorschlag Trinks betreffs der Verteilung des Beitrages. Bisher hat der Parteivorstand in Berlin 25 Prozent der Einnahmen erhalten und ich sehe keinen Grund, warum dies geändert werden sollte.

Ich behaupte nicht, daß es in Baden Richter gibt, die absichtlich das Recht beugen. Aber in Deutschland gibt es eine absichtliche Klassenjustiz. Auch in Baden liegen merkwürdige Urteile vor, wie der Fall W a u f u n d G e n o s s e n, über den der Generalstaatsanwalt neulich in Verantwortung einer kurzen Anfrage eine sehr militärische Antwort gab, trotzdem sein Generalsitz nichts mit Militär zu tun hat.

Spät. Unsere Partei wird wie alljährlich die Maifeier in würdiger Weise begehen. Am Montag, morgen 8 Uhr, sammeln sich die Genossen im Gaishaus zum „Grünen Baum“ zum Abmarsch nach H i e t e r o m b a c h u n d M i t t e l s t a d t. Abends 7 Uhr genussliches Beisammensein im „Grünen Baum“, wobei Stadt, Gen. Hipp aus Karlsruhe über die Bedeutung der Maifeier reden wird. Zu beiden Veranstaltungen sind sämtliche Arbeiter von Spöt und im besonderen die Arbeitervereine eingeladen. Mögen sie dafür sorgen, daß die Maifeier zu einer gewaltigen Ausbebung wird.

Mittwoch, 27. April. Die Maifeier unserer Partei findet am Montag, den 1. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, in der Wirtschaft zur „Krone“ statt. Genosse Stenz-Karlsruhe wird die Festrede halten; es werden sich unterhaltende Vorträge und eine Tanzunterhaltung anschließen. Die Parteigenossen und Gewerkschaftler werden um zahlreichen Besuch erucht.

n. Obstadt. Zur Feier des 1. Mai veranstaltet die Sozialdemokratische Partei Obstadt am 30. April im Lokale zum „Löwen“ von mittags 3 Uhr an eine Tanzunterhaltung. Am 1. Mai von mittags 12.30 Uhr ab Konzert, sodann um 1 Uhr Abmarsch zu einer Demonstrationsversammlung vor das Rathaus. Die Parteigenossen von Stettfeld beteiligen sich ebenfalls an der Veranstaltung und treffen sich pünktlich 11.45 Uhr vor dem Gasthaus zum „Mitter“ in Stettfeld. Nach der Versammlung geschlossener Zug zum Lokal und gemühtliches Beisammensein mit Musik. Die Genossen sowie die gesamte Arbeiterchaft sind erucht, zahlreich an dem Feste teilzunehmen. Wer sich der Bedeutung des Tages bewußt ist, wird nicht fehlen.

s. Oberkirch, 28. April. Die Maifeier findet am Sonntag 30. April, abends 7 Uhr, in der „Stadt Sträßburg“ statt. Die Festrede hält Landtagsabg. Wirtz aus Appenweier. Der Männergesangsverein „Eintracht“, der Arbeiter-Turnverein und der Arbeiter-Theaterklub haben ihre Mitwirkung zugesagt, so daß die Feier eine der Zeit entsprechende, würdige Veranstaltung zu werden verspricht. Da der 1. Mai nicht dem Vergnügen dienen soll, sondern ganz besonders die Demonstration zur Verwirklichung der Arbeiterrechte zum Ziele hat, ist es Pflicht der gesamten Arbeiterchaft, an der Maifeier teilzunehmen. Auch alle freibeitlich geiminten Bürger sind zur Teilnahme eingeladen.

w. Gengenbach, 27. April. Kommenden Sonntag, 30. April, abends 8 Uhr, findet im „Bad Hof“ (Nebenzimmer) die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Es ist eine wichtige und reichhaltige Tagesordnung zu erledigen; deshalb wird um pünktliches Erscheinen gebeten, damit die Versammlung bald zu Ende geführt werden kann. Parteigenossen! Denkt an die kommenden schweren Kämpfe! Wenn die Arbeiterchaft nicht unterliegen will, dann muß die politische Gleichgültigkeit verschwinden. Darum kommt alle zur Versammlung und bringt auch eure Frauen mit.

Gedenket der Sammlung „Altershilfe“.

Ebenfalls für den Ortsausschuß Karlsruhe, auch die Kleinsten nehmen alle Banken, sowie die Kassenverwaltung der Geschäftsstelle (Gartenstraße 49, Postfachkonto Nr. 4877) dankend an.

3290

3290





